



Bebauungsplan "Gewerbegebiet Schellweiler-Ehweiler"

in der Gemeinde Ehweiler
Kreis Kusel

Vorentwurf

Textliche Festsetzungen



August 2022





Ausfertigungsvermerk:

Es wird hiermit bescheinigt, dass die vorliegende Fassung der Textlichen Festsetzungen mit der Fassung, die in dem Verfahren nach § 3 und § 4 BauGB offen gelegen hat und Gegenstand der Genehmigungsfassung der Gemeinde Ehweiler war, übereinstimmt.

Auftraggeber

Gemeinde Ehweiler
Hofstraße 8
66871 Ehweiler

Ehweiler,

den

Herr Stefan Reusemann
- Ortsbürgermeister -

Bearbeiter

igr GmbH
Luitpoldstraße 60a
67806 Rockenhausen

Rockenhausen,

im August 2022

Beschluss:

Bestätigung Vorentwurf:

Bestätigung Entwurf:

Satzungsbeschluss:



Allgemeiner Hinweis:

Das Plangebiet wird durch zwei Bebauungspläne abgedeckt, sodass jeweils nur die Festsetzungen aufgeführt sind, die nur für den jeweiligen Bebauungsplan gelten. Die Gebiete GE 4, GE 5 und GE 6 befinden sich lediglich im Geltungsbereich des Bebauungsplanes der Gemeinde Ehweiler.

I. Bauplanungsrechtliche Festsetzungen

I.1 Art und Maß der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 BauGB)

I.1.1 Art der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. §§ 1, 8 und 9 BauNVO)

Für die Plangebiete wird die Art der baulichen Nutzung als "Gewerbegebiet" (GE) gemäß § 8 BauNVO festgesetzt. Gewerbegebiete dienen vorwiegend der Unterbringung von nicht erheblich belästigenden Gewerbebetrieben.

Gewerbegebiete (GE 2, GE 3 und GE 4)

Im Bereich GE (Gewerbegebiete) richtet sich die Zulässigkeit der Art der baulichen Nutzung nach § 8 Abs. 2 BauNVO. Zulässig sind:

- Gewerbebetriebe aller Art, Lagerhäuser, Logistikunternehmen und öffentliche Betriebe
- Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude
- Anlagen für sportliche Zwecke.

Gemäß § 8 Abs. 3 BauNVO werden ausnahmsweise auch

- Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke

zugelassen.

Gemäß § 1 Abs. 5 BauNVO **nicht** zugelassen werden die

allgemein zulässigen

- Tankstellen

sowie, die ausnahmsweise zulässigen

- Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind,
- Vergnügungsstätten.



Unzulässig sind Einzelhandelsbetriebe mit zentrenrelevanten Sortimenten gemäß Sortimentsliste im Anhang.

Es werden flächenbezogene Schalleistungspegel gemäß Planeintrag festgesetzt, die zu beachten sind.

I.1.2 Maß der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. §§ 16 bis 18 BauNVO)

Das Maß der baulichen Nutzung ist im Gewerbegebiet (GE 4, GE 5 und GE 6) bauplanungsrechtlich durch die Grundflächenzahl (GRZ), die Baumassenzahl (BMZ) sowie die maximale Höhe baulicher Anlagen festgesetzt.

Im Gebiet GE 2, GE 3 und GE 4 wird die GRZ mit 0,8 und die BMZ mit 10,0 festgesetzt. Die maximale Höhe baulicher Anlagen darf eine Höhe von 12,0 m nicht überschreiten. Als Bezugshöhe dient die im Bebauungsplan jeweils eingetragene Bezugshöhe.

Baulich untergeordnete Bauteile (Lüftungselemente, Filteranlagen, Schornsteine, technische Einbauten etc.) dürfen die maximale Höhe baulicher Anlagen um bis zu 5,0 m überschreiten. Dabei dürfen alle untergeordneten Bauteile eine Fläche von maximal 0,1 % der Dachfläche nicht überschreiten.

Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie auf den Haupt- und Nebengebäuden dürfen die maximale Höhe um bis zu 1,5 m überschreiten.

Bauliche Nebenanlagen bis gesamt 100 m², die in der Fläche den Hauptgebäuden untergeordnet sind (z. B. Siloanlagen, Krananlagen etc.), dürfen die maximale Höhe baulicher Anlagen um bis zu 5,0 m überschreiten.

	GRZ	BMZ	maximale Höhe baulicher Anlagen [m]
GE 2	0,8	10,0	12,0
GE 3	0,8	10,0	12,0
GE 4	0,8	10,0	12,0

Hinweis:

Gemäß § 19 Abs. 4 BauNVO sind bei der Ermittlung der Grundfläche die Grundflächen von Garagen, Carports, Stellplätzen, Lagerflächen und ihren Zufahrten, Nebenanlagen im Sinne des § 14 sowie bauliche Anlagen unterhalb der Geländeoberkante, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird, mitzurechnen. Die zulässige Grundfläche darf gemäß § 19 Abs. 4 Nr. 3 durch die Grundflächen für Nebenanlagen, Garagen, Stellplätze und ihre Zufahrten bei allen Gebieten nicht überschritten werden.

Als Bezugshöhe ist immer die im Bebauungsplan festgesetzte Bezugshöhe heranzuziehen. Für die Höhe der Geländeoberfläche gemäß § 2 (6) LBauO gilt ebenfalls die festgesetzte Bezugshöhe. Dies gilt auch für alle Nebenanlagen, Garagen und Carports. Weitere Geländeauffüllungen und Abgrabungen sind zulässig. Dabei gilt dann die Gebäudehöhe + Geländeauffüllung = maximale Höhe.



I.2 Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i. V. m. § 23 BauNVO)

Die überbaubare Grundstücksfläche ist durch die Festsetzung von Baugrenzen gemäß § 23 BauNVO bestimmt. Gemäß § 23 Abs. 5 sind Nebenanlagen im Sinne des § 14 sowie überdachte Stellplätze und Garagen auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig.

I.3 Flächen für Garagen, Carports, Stellplätze und Nebenanlagen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i. V. m. § 12 Abs. 6, § 14, § 21a und § 23 BauNVO)

In den Gebieten GE sind oberirdische und unterirdische Nebenanlagen nach § 14 BauNVO (bauliche Anlagen gemäß § 2 LBauO sind mit dem Erdboden verbundene, aus Bauprodukten hergestellte Anlagen, wie z. B. Müllsammelboxen, Briefkastenanlagen, Lagerhallen, Betriebsgebäude, überdachte Stellplätze, eigenständige Solaranlagen etc.), Garagen, Carports und Stellplätze nach § 12 BauNVO auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig.

Garagen müssen einen Mindestabstand zu der angrenzenden Straße von 3,0 m, die Garagenausfahrten einen Mindestabstand zur Straße von 5,0 m einhalten.

I.4 Verkehrsflächen und Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 i. V. m. Nr. 20 BauGB)

Die öffentlichen Verkehrsflächen werden durch die Straßenbegrenzungslinie festgesetzt. Diese beinhalten neben den reinen Straßenflächen und Fuß- und Radwegen auch Flächen für Verkehrsbegleitgrün, Straßenentwässerungsmulden und Leitungstrassen. Es werden öffentliche Verkehrsflächen festgesetzt.

Es werden Verkehrsflächen mit der besonderen Zweckbestimmung "Fuß-/Radweg" festgesetzt.

I.5 Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)

Zur Sicherung der Ver- und Entsorgung sind im Bebauungsplan eingetragene Flächen für Geh-, Fahr- und Leitungsrechte zugunsten der Verbandsgemeindewerke Kusel-Altenglan und der Pfalzwerke AG, Ludwigshafen, zu belasten. Die Flächen sind von Bebauung (Gebäude jeglicher Art) und Bewuchs freizuhalten, die Leitungen bzw. oberflächigen Entwässerungsmulden sind zu dulden und ihre Funktionstüchtigkeit zu gewährleisten. Der Zugang ist für Pflege- und Wartungsarbeiten zu gewähren.

Die im Bebauungsplan dargestellten Leitungen können Abweichungen gegenüber dem tatsächlichen Bestand haben. Die tatsächliche Lage und somit auch die Leitungsrechte ergeben sich allein aus der Örtlichkeit.



I.6 Öffentliche Grünflächen
 (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

Im Plangebiet sind öffentliche Grünflächen festgesetzt. Sie dienen der Bewirtschaftung von Oberflächenwasser sowie als Ausgleichsmaßnahmen und zur Sicherung erhaltenswerter Strukturen. Die nähere Bestimmung ist unter III. Landespflegerische Festsetzungen festgesetzt.

I.7 Maßnahmen, Vorkehrungen und Flächen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes
 (§ 9 Abs.1 Nr. 24 BauGB i. V. m. § 1 Abs. 10 BauNVO)

In den Teilflächen der Gewerbegebiete sind Vorhaben zulässig, deren Geräusche die in der nachfolgenden Tabelle angegebenen Emissionskontingente LEK nach DIN 45691 tags (06:00 Uhr bis 22:00 Uhr) und nachts (22:00 Uhr bis 06:00 Uhr) nicht überschreiten.

Emissionskontingente LEK in dB

Teilfläche i	LEK, tags	LEK, nachts
GE 2	63	50
GE 3	63	50
GE 4	63	50

LEK, tags/LEK, nachts = Emissionskontingent tags/nachts

Für die Richtungssektoren A, B, C und D erhöhen sich die zulässigen Emissionskontingente LEK in der Nacht um folgende Zusatzkontingente.

Zusatzkontingente in dB(A) bezogen auf Richtungssektoren

Richtungssektor k	Zusatzkontingent Nacht L _{EK, zus} in dB(A)
A	+2
B	0
C	+3
D	+5

Die Richtungssektoren sind wie folgt definiert:

Bezugspunkt x = 383070 y = 5486290

Koordinatensystem ETRS89/UTM Zone 32N

Richtungssektor A (306 °/73 °) von Nord = 0 ° im Uhrzeigersinn

Richtungssektor B (73 °/137 °) von Nord = 0 ° im Uhrzeigersinn

Richtungssektor C (137 °/167 °) von Nord = 0 ° im Uhrzeigersinn

Richtungssektor D (167 °/306 °) von Nord = 0 ° im Uhrzeigersinn

Die Anwendung der Summation und der Relevanzgrenze nach Abschnitt 5 der DIN 45691 ist zulässig.



Die Prüfung der Einhaltung erfolgt nach DIN 45691:2006-12, Abschnitt 5, wobei in den Gleichungen (6) und (7) für Immissionsorte j im Richtungssektor k $L_{EK,i}$ durch $L_{EK,i} + L_{EK,zus,k}$ zu ersetzen ist.

Hinweis:

Die Kontingentierungsfestsetzung wird beim Neubau oder bei der Änderung von baulichen Anlagen wirksam. Mit dem Antrag auf Neubau, Erweiterung oder Nutzungsänderung einer baulichen Anlage innerhalb der kontingentierten Baugebiete ist nachzuweisen, dass die festgesetzten Emissionskontingente und die damit verbundenen zulässigen Immissionsanteile (Immissionskontingente) an den maßgeblichen Immissionsorten eingehalten werden. Sind einem Vorhaben mehrere Teilflächen oder Teile von Teilflächen zuzuordnen, dürfen die Immissionskontingente dieser Teilflächen und Teilen von Teilflächen energetisch summiert werden (Summation gemäß Punkt 5 der DIN 45691:2006-12). Die Festsetzung gilt in diesem Fall als erfüllt, wenn die Geräuschemissionen des gesamten Vorhabens die energetische Summe aller Immissionskontingente der in Anspruch genommenen Teilflächen einhalten. Ein Vorhaben erfüllt auch dann die schalltechnischen Festsetzungen des Bebauungsplanes, wenn der Beurteilungspegel $L_{r,j}$ den Immissionsrichtwert an den maßgeblichen Immissionsorten um mindestens 15 dB(A) unterschreitet (Relevanzgrenze gemäß Punkt 5 der DIN 45691:2006-12).

I.8 Flächen für Ver- und Entsorgungsanlagen einschließlich Flächen für die Rückhaltung von Niederschlagswasser (§ 9 Abs. 1 Nr. 12 und Nr. 14 BauGB)

Es werden Flächen für die Ver- und Entsorgung sowie für die Rückhaltung von Niederschlagswasser festgesetzt. Darin sind alle oberirdischen und unterirdischen Anlagen für die Stromversorgung (Trafo etc.) inklusive Stromspeicher und Anlagen zur Rückhaltung und Speicherung von Niederschlagswasser, Anlagen für die Trink- und Löschwasserversorgung inklusive aller erforderlichen technischen Einrichtungen zulässig.



II. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

(§ 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 88 LBauO)

II.1 Gestaltung der unbebauten Flächen in den Gewerbegebieten (GE 4 bis GE 6)

Die unbebauten Flächen, die unversiegelt bleiben, sind gemäß den Landespflegerischen Festsetzungen mit Sträuchern zu bepflanzen und mit Landschaftsrasen einzusäen und langfristig zu erhalten. Dabei sollten Flächen zur Versickerung des Oberflächenwassers berücksichtigt werden. Versiegelte Flächen für Parkplätze oder Lagerflächen sind, soweit das mit dem Schutz des Grundwassers und aus technischen Gründen vereinbar, nur mit versickerungsfähigen Materialien (wassergebundene Decke, Drainpflaster, Schotterrasen ...) anzulegen. Für innere Erschließungsstraßen sowie Lkw-Stellplätze ist eine Vollversiegelung zulässig.

II.2 Stützmauern, Erdanschüttungen, Abgrabungen, Fundamente

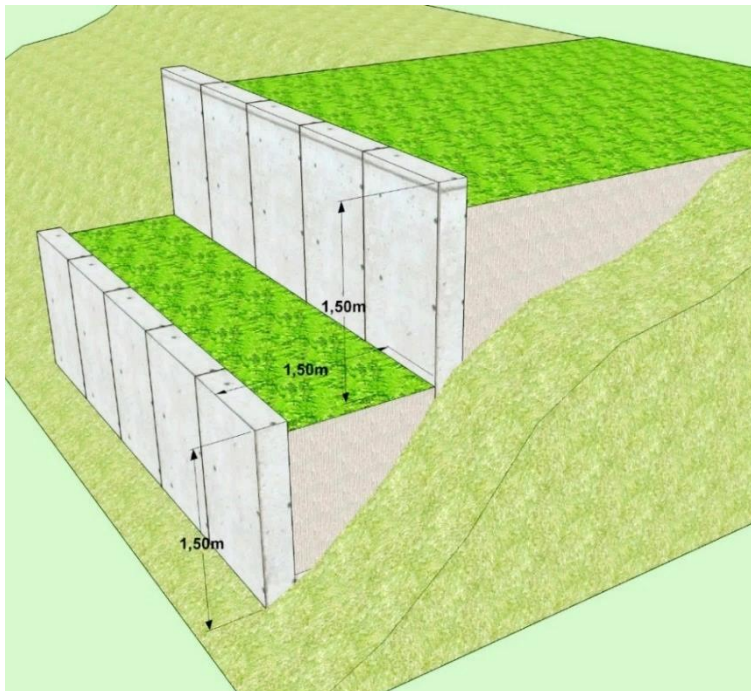
Wegen der topografischen Lage des Baugebietes sind teilweise beidseitig der Planstraßen Böschungen auf privaten Grundstücksflächen bis zu 5,0 m Höhe erforderlich. Die Böschungen, die für die Errichtung der Erschließungsstraßen erforderlich sind, sind im Bebauungsplan dargestellt. Diese sind zu dulden und in die Gestaltung der Freianlagen einzubeziehen. § 126 BauGB gilt entsprechend.

Stützmauern/-wände an der Straße bis zu einem Abstand zum Straßenrand von 2,0 m sind bis zu einer maximalen Höhe von 1,5 m ab Straßenrand zulässig. Sind aus bautechnischen Gründen höhere Stützwände erforderlich, ist dies ausnahmsweise bis maximal 4,0 m zulässig, aber so zu gestalten (z. B. Begrünung, natürliche Verkleidung mit Holz), dass sich die Stützwand gestalterisch gut einfügt. Das ist in einer Planzeichnung nachzuweisen und dem Gemeinderat zur Abstimmung vorzulegen.

Sonstige Stützmauern/-wände ab einem Abstand von 2,0 m von der Erschließungsstraße sind bis zu einer Höhe von maximal 1,5 m zulässig. Größere Höhen sind zulässig, aber immer nur horizontal getrennt bis maximal 1,5 m, wobei die Stützwände mindestens 1,5 m Abstand (Außenkante) einhalten müssen. Die Stützwände sind zu begrünen. Sind aus bautechnischen Gründen höhere Stützwände erforderlich, ist dies ausnahmsweise bis maximal 8,0 m zulässig, aber so zu gestalten (z. B. Begrünung, natürliche Verkleidung mit Holz), dass sich die Stützwand gestalterisch gut einfügt. Das ist in einer Planzeichnung nachzuweisen und dem Gemeinderat zur Abstimmung vorzulegen.

Schallschutzwände sind bis zu der Höhe zulässig, die für den Lärmschutz erforderlich sind. Sie sind aber ebenfalls so zu gestalten, dass sie sich von außerhalb des Gewerbegrundstückes gut in die Landschaft einfügen (z. B. Begrünung, natürliche Verkleidung mit Holz).

Als Bezugshöhe für diese Festsetzung dient die Höhe der das Grundstück erschließenden Straßenachse (Endausbauhöhe) jeweils senkrecht zu Straßenachse gemessen.



Es sind die im Bebauungsplan festgesetzten Bezugshöhen durch Abgrabungen und Aufschüttungen herzustellen. Weitere Auffüllungen/Abgrabungen sind zulässig. Die Vorschriften der LBauO sind dabei zu beachten.

II.3 Werbeanlagen (§ 52 LBauO)

Werbeanlagen und freistehende Werbeanlagen und Fahnenmasten sind ausnahmsweise zulässig. Sie sind nur zulässig, wenn sie den öffentlichen Verkehr nicht beeinträchtigen oder behindern. Lichtwerbeanlagen sind nur als konstant leuchtende Werbeanlagen ausnahmsweise zulässig. Lauf- und Wechsellichtwerbeanlagen sind unzulässig. Werbeanlagen sind nur am Ort der eigentlichen Leistungen ausnahmsweise zulässig.

II.4 Einfriedungen

Einfriedungen sind auch zur Straßenseite zulässig. Die Einfriedungen dürfen eine maximale Höhe von 2,0 m gemessen vom anstehenden Gelände inklusive 0,3 m Sockelhöhe betragen. Es sind nur Zäune aus Metall, Maschendrahtzäune in den Farben braun, grün und feuerverzinkt zulässig. Einfriedungen sind auch aus Sträuchern und Gehölzen (Formgehölz) zulässig, wobei durch geeignete Pflegemaßnahmen Beeinträchtigungen angrenzender Verkehrsflächen und Wege zu vermeiden sind. Eine Kombination mit Zäunen ist ebenfalls zulässig.



II.5 Lager- und Abstellflächen

Lagerflächen sind so anzulegen, dass sie von außen nicht einsehbar sind und mit geeigneten Sichtschutzmaßnahmen versehen werden. Die Höhe der Lagerflächen für temporäre Aufschüttungen oder Lagermaterial darf dabei nicht höher als 5,0 m vom anstehenden Boden betragen.

II.6 Gestaltung der Stellplätze

Je 125 m² offene Stellplatzfläche bzw. Gemeinschaftsstellplätze (entspricht etwa zehn Stellplätzen) ist mindestens ein hochstämmiger Laubbaum (1. und 2. Ordnung) zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Bei der Errichtung von Solarcarports sind die Bäume an anderer Stelle zu pflanzen, um Verschattungen zu vermeiden.

Stellplätze für Pkw sind aus versickerungsfähigen Materialien (z. B. Drainpflaster, breittufig verlegtes Pflaster, wassergebundene Decke, Hydroflor-Pflaster, Betongrasplatten) verwendet werden (§ 9 Abs. 4 und 11 BauGB i. V. m. LBauO) sofern es technisch und umweltrechtlich möglich ist.

II.7 Fassadengestaltung

Die Fassaden sind aus nicht glänzendem Material (außer Glas) bzw. Anstrichen herzustellen. Grelle Farben, Leucht- und Signalfarben und hohe Kontrastunterschiede bei der Farbgestaltung sind unzulässig. Für Fassaden, die höher als 10,0 m sind, ist ein Gestaltungskonzept zu erstellen, das mit der Unteren Naturschutzbehörde (Kreisverwaltung Kusel) und der Gemeinde abzustimmen ist.



III. Landespflegerische Festsetzungen

(Hinweis:

Die Ausgleichsmaßnahmen werden bis zur Entwurfsfassung bilanziert und die Ausgleichsmaßnahmen dann entsprechend angepasst. Die hier enthaltenen Festsetzungen sind noch nicht final und abgestimmt!)

Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
(§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 BauGB)

III.1 Maßnahmen auf öffentlichen Flächen

III.1.1 Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

(§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

III.1.1.1 Baufeldräumung außerhalb der Brutzeit

Die Räumung des Baufeldes inklusive der Baustelleneinrichtung ist gemäß § 39 Abs. 5 BNatSchG außerhalb der Brutzeit durchzuführen. D. h., es darf keine Rodung bzw. Räumung des Baufeldes im Zeitraum von 01.03. bis 30.09. erfolgen.

III.1.1.2 Aufhängen von Nisthilfen

An bestehenden Bäumen im nördlichen Bereich (Gemarkung Ehweiler) sind mindestens zehn Fledermauskästen aufzuhängen.

III.1.1.3 Erhalt der bestehenden Wald- und Gehölzstrukturen

Die im nordwestlichen Rand des Geltungsbereiches vorhandenen Wald- und Gehölzstrukturen sowie die Gehölzstrukturen entlang des Albessbaches (Gewässerrandbereich) sind zu erhalten. Sie sind im Bebauungsplan als "Flächen mit Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern" gemäß § 9 (1) 25b und (6) BauGB festgesetzt.

III.1.1.4 Kompensationsmaßnahmen

Im Bebauungsplan werden verschiedene Maßnahmen festgesetzt. Diese sind teilweise auch Flächen zugeordnet, die dem Bebauungsplan zu entnehmen sind.

Hinweis:

In Klammern stehen die Maßnahmennummern aus dem Umweltbericht.



Schutz des Bodens (M1)

Die im Zuge der Bebauung und Erschließung der Gewerbeflächen entstehenden Verdichtungen des anstehenden Bodens durch die Bautätigkeiten sind nach Abschluss der Arbeiten zu beseitigen.

Der Oberbodenabtrag ist auf das technisch absolut erforderliche Maß zu reduzieren. Mutterbodenaushub ist auf Mieten zu lagern und später wieder aufzubringen (§ 202 BauGB). Bei der Abfuhr von Aushubmaterialien während der Bauphase sind die LAGA-Bestimmungen zu beachten.

Verwendung versickerungsfähiger Materialien (M2)

Bei der Befestigung von Lagerflächen und Stellplätzen/Parkflächen für Pkw sollen nur versickerungsfähige Beläge (z. B. Drainpflaster, breitfugig verlegtes Pflaster, wassergebundene Decke, Hydroflor-Pflaster, Betongrasplatten) verwendet werden (§ 9 Abs. 4 und 11 BauGB i. V. m. LBauO) sofern es technisch und umweltrechtlich möglich ist.

Der Eintrag von schädlichen stofflichen Einträgen in das Erdreich ist dabei zwingend zu vermeiden.

Offenhaltungspflege öffentliche Grünfläche (M3)

Die Wiesenflächen innerhalb der öffentlichen Grünfläche im nördlichen Teil des Bebauungsplangebietes sind dauerhaft offen zu halten. Als Aufwertungsmaßnahme ist aufkommende Gehölzsukzession zu entfernen und eine extensive Wiese zu entwickeln. Durch die Verhinderung des Gehölzbewuchses wird der offene Charakter der Fläche dauerhaft erhalten.

Baumpflanzungen (M10)/Maßnahmenfläche Nr.

Entlang der Landesstraße L 360 zwischen Gewerbeflächen und Landesstraße ist eine Anpflanzung von mindestens acht Bäumen der Artenliste A (mindestens 3 x v., StU 14 cm bis 18 cm) vorzunehmen. Von den in der Planzeichnung eingetragenen Standorten kann um höchstens 5,0 m abgewichen werden. Es ist aber auf eine gleichmäßige Verteilung (gleicher Abstand auf gesamter Länge) zu achten. Die Bäume sind spätestens ein Jahr nach Fertigstellung der Hochbauarbeiten zu pflanzen und zu erhalten. Abgängige Bäume sind gleichartig zu ersetzen.

Hinweis:

Die Ausgleichsmaßnahmen im Baugebiet sind spätestens zwei Jahre nach Fertigstellung der technischen Erschließungsmaßnahmen herzustellen.



III.2 Maßnahmen auf privaten Flächen

III.2.1 Schutz des Mutterbodens

(§ 202 BauGB)

Oberboden ist vor Versiegelung und Vergeudung zu schützen. Mutterbodenaushub ist auf Mieten zu lagern und auf Flächen, welche für Grünanlagen vorgesehen sind, später wieder aufzutragen. Die Mieten sind so anzulegen, dass eine Erosion durch Wind und Wasser vermieden wird. Bei einer längeren Lagerung (> 6 Monate) muss eine Begrünung der Mieten mit z. B. Luzerne oder Waldstaudenroggen erfolgen.

III.2.2 Begrünung der privaten Grundstücke

Die Privatgrundstücke sind mit mindestens einem Baum pro 5 000 m² Gewerbefläche der Artenliste A oder B (3 x v., StU 14 cm bis 18 cm) zu bepflanzen und dauerhaft zu erhalten. Abgängige Gehölze sind gleichartig zu ersetzen. Die Bäume für die Stellplatzeingrünung sind dabei nicht einzurechnen.

Des Weiteren sind mindestens 2 % der Gewerbefläche mit Sträuchern (H = 30 cm bis 60 cm) zu bepflanzen. Bei der Auswahl der Sträucher ist ein Anteil von mindestens 50 % der Artenliste D zu entnehmen.

Zur B 420 und zur L 360 ist bei einer Gebäudehöhe > 10,0 m entlang der Fassade parallel zu den klassifizierten Straßen alle 20 m eine Anpflanzung von Bäumen der Artenliste A (mindestens 3 x v., StU 14 cm bis 18 cm) vorzunehmen. Von den Abständen kann aus technischen Gründen (z. B. unterirdische Leitungen, Entwässerungsanlagen etc.) um höchstens 5,0 m abgewichen werden. Es ist aber auf eine gleichmäßige Verteilung (gleicher Abstand auf gesamter Länge) zu achten. Die Bäume sind spätestens ein Jahr nach Fertigstellung der Hochbauarbeiten zu pflanzen und zu erhalten. Abgängige Bäume sind gleichartig zu ersetzen.

Freiflächen im Bereich der Gewerbeflächen - außer im Traufbereich der Gebäude bis maximal 0,5 m Breite sowie der Zufahrten, Terrassen und Wege - sind unversiegelt zu belassen, gärtnerisch anzulegen und dauerhaft zu erhalten. Wasserdichte oder nicht durchwurzelbare Materialien (Folie, Vlies) sind nur zur Anlage von permanent mit Wasser gefüllten Gartenteichen zulässig. Großflächig mit Steinen, Kies, Schotter oder sonstigen vergleichbaren losen Materialschüttungen bedeckte Flächen, in welcher diese (Steine, Kies, Schotter oder sonstige vergleichbare anorganische lose Materialschüttungen) das hauptsächliche Gestaltungsmittel sind und Pflanzen nicht oder nur in geringer Zahl vorkommen (Schottergärten), sind unzulässig.

III.2.3 Bodenbeläge

Die Zuwegungen und Stellplätze dürfen nur mit versickerungsfähigen Belägen befestigt werden, es sei denn, es ist aus technischen und umweltrechtlichen Gründen nicht möglich (s.a. II.1.).



III.3 Sonstige Maßnahmen - Beleuchtung

Die Außenbeleuchtung ist auf ein notwendiges Maß zu reduzieren und so zu gestalten, dass sie nicht in die Umgebung abstrahlt und dass ein möglichst geringer Anlockungseffekt für Insekten erfolgt.

III.4 Zuordnung der naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen (§ 9 Abs. 1a Satz 2 und § 135a BauGB)

Auf Grundlage des § 9 (1a), S. 2 i. V. m. § 1a (3) BauGB sowie § 135 a und b BauGB werden 78,14 % der innerhalb des Bebauungsplanes dargestellten und festgesetzten öffentlichen Flächen und Ausgleichsmaßnahmen nach § 9 Abs. 1 Nr. 15 i. V. m. Nr. 20 bzw. Nr. 25 BauGB sowie deren Herstellungs- und Pflegekosten den privaten Grundstücken innerhalb des Bebauungsplanes anteilmäßig zugeordnet.



IV. Sonstige Hinweise (ohne Festsetzungscharakter)

IV.1 Baugrund

Für einzelne Bauvorhaben können spezielle Baugrunduntersuchungen erforderlich werden. Die Anforderungen der DIN 1054 an den Baugrund sind zu beachten. Es wird auf die DIN 4020 und DIN 4124, DIN EN 1997-1 und -2 verwiesen. Bei Baugrunduntersuchungen sollte besonders die Standsicherheit des Untergrundes untersucht werden. Das Bodengutachten kann bei der Verbandsgemeinde Kusel-Altenglan, Bauabteilung, eingesehen werden.

IV.2 Untergrundverhältnisse

Es werden orientierende Baugrunduntersuchungen empfohlen. Es wird auf die DIN 4020 verwiesen, es sollte insbesondere auf Standsicherheit und Grundwasserspiegel untersucht werden. Je nach Witterungsverhältnissen kann mit einem erhöhten Grundwasserspiegel gerechnet werden, sodass im Bodengutachten empfohlen wird, Keller wasserdicht auszuführen. Das Bodengutachten kann bei der Verbandsgemeindeverwaltung Kusel-Altenglan eingesehen werden. Es werden jedoch dringend projektbezogene und standortangepasste Untersuchungen empfohlen.

IV.3 Hinweise zu Bohrungen zum Bau von Erdwärmesonden

Unter der Voraussetzung, dass die Wärmeträgerflüssigkeit nicht wassergefährdet ist oder der Wassergefährdungsklasse I entspricht und die Bohrung im Bereich der Deckschichten gegenüber dem Zutritt von Sickerwasser abgedichtet wird, bestehen aus hydrologischer Sicht keine grundsätzlichen Einwände zur Gewinnung von Erdwärme. Weitere Auflagen sind der Einzelfallprüfung vorbehalten.

Die Errichtung und der Betrieb einer Erdwärmesonde stellt eine Gewässerbenutzung dar, für die eine wasserrechtliche Genehmigung bei der Unteren Wasserbehörde, Kreisverwaltung Kusel, einzuholen ist.

IV.4 Hinweis zur bauzeitlichen Grundwasserbehandlung

Wenn bei der Errichtung von Gebäuden ein Eingriff in das Grundwasser erfolgt, handelt es sich um den Tatbestand der Gewässerbenutzung, für die eine wasserrechtliche Erlaubnis bei der Unteren Wasserbehörde, Kreisverwaltung Kusel, einzuholen ist.

IV.5 Hinweise zu Altablagerungen, schädlichen Bodenveränderungen, Verdachtsflächen

Im Baugebiet sind keine Altablagerungen oder Verdachtsflächen bekannt bzw. wurden bekannte Verdachtsflächen bereits saniert bzw. entfernt. Sollten jedoch während der Baumaßnahme neue Kenntnisse hierüber vorliegen oder sich ergeben, ist die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, Regionalstelle Kaiserslautern, zu informieren.



IV.6 Hinweise zu möglichen Radonbelastungen

Aufgrund der natürlichen Radonbelastungen in Böden wird empfohlen, die tatsächliche Radonbelastung auf den Baugrundstücken messen zu lassen, um gegebenenfalls bei der Errichtung von wohnähnlichen Nutzungen oder Büros im Erd- oder Kellergeschoss Maßnahmen ergreifen zu können, die Radonkonzentration in Gebäuden niedrig zu halten. Weitere Informationen hierzu können bei der Radon-Informationsstelle im Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht in Mainz, Tel. +49 6131 6033-1263 oder im Internet (www.luwg.rlp.de/Service/Radon-Informationen/Radon-Informationenstelle/) eingeholt werden.

Es wird auch auf die §§ 121 bis 132 des Strahlenschutzgesetzes hingewiesen.

IV.7 Hinweise zur archäologischen Denkmalpflege gemäß Denkmalschutz und -pflegegesetz

Bei Erd- und Bauarbeiten innerhalb des Baugebietes ist Folgendes zu beachten und entsprechend auch in die Bauausführungspläne als Auflagen zu übernehmen:

1. Die ausführenden Baufirmen sind eindringlich auf die Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes (DSchG) vom 23.03.1978 (GVBl., 1978, S.159 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.11.2008 (GVBl., 2008, S. 301) hinzuweisen. Danach ist jeder zutage kommende, archäologische Fund unverzüglich zu melden, die Fundstelle so weit als möglich unverändert zu lassen und die Gegenstände sorgfältig gegen Verlust zu sichern.
2. Absatz 1 entbindet Bauträger/Bauherrn bzw. entsprechende Abteilungen der Verwaltung jedoch nicht von der Meldepflicht und Haftung gegenüber der GDKE.
3. Sollten wirklich archäologische Objekte angetroffen werden, so ist der Direktion Landesarchäologie ein angemessener Zeitraum einzuräumen, damit die GDKE Rettungsgrabungen in Absprache mit den ausführenden Firmen, planmäßig den Anforderungen der heutigen archäologischen Forschung entsprechend durchführen können. Im Einzelfall ist mit Bauverzögerungen zu rechnen. Je nach Umfang der eventuell notwendigen Grabungen sind von Seiten der Bauherren/Bauträger finanzielle Beiträge für die Maßnahmen erforderlich.

Die Punkte 1 bis 3 sind auch in die Bauausführungspläne als Auflagen zu übernehmen.

Es wird auf bisher nicht bekannte Kleindenkmäler (z. B. Grenzsteine) hingewiesen, die ebenfalls zu schützen sind.

IV.8 Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen

Es wird auf die Beachtung der DIN 18920 hingewiesen.



IV.9 Hinweise zur Regenwasserbewirtschaftung auf privaten Flächen

(§ 9 (1) Nr. 20 BauGB i. V. m. § 2 (1) LWG)

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes sollte das auf den versiegelten Flächen (z. B. Zufahrten, Zuwegen, Parkplätzen, Lagerflächen, Dächern u. ä.) anfallende Regenwasser durch bauliche oder technische Maßnahmen auf den Grundstücken zurückgehalten werden. Das Fassungsvermögen sollte mindestens 50 l/m² versiegelter Grundfläche betragen. Dabei sollte das Oberflächenwasser verdunstet, über die belebte Bodenzone versickert, oder in eine Zisterne oder unterirdischen Rückhalteinrichtungen eingeleitet werden. Eine Zisterne, die nur zur Zwischenspeicherung genutzt werden soll, kann als Maßnahme für die Regenwasserbewirtschaftung nicht herangezogen werden.

Es können Zisternen errichtet werden, die bei Vollfüllung des Volumens einen Notüberlauf in die angrenzende öffentliche Grünfläche bzw. Regenwasserkanäle haben. Sie sollten über einen Drosselabfluss zur Zwangsentleerung verfügen (Retentionszisterne).

Das Wasser sollte des Weiteren in Rasenmulden bei 0,3 m Tiefe oder Rückhaltebecken bis 2,0 m Tiefe zurückgehalten und zur Versickerung gebracht werden, die in die privaten Grünflächen zu integrieren sind.

Durch eine extensive Dachbegrünung mit mindestens 20 cm Substratdicke kann sich das auf den Dächern anfallende Oberflächenwasser nochmals um bis zu 20 % reduzieren.

Drainageleitungen dürfen nicht an bestehende Schmutz- bzw. Regenwasserleitungen angeschlossen werden. Es wird empfohlen, auf Drainagen zu verzichten und die Keller wasserdicht auszuführen.

Bei der Nutzung von Regenwasser als Brauchwasser dürfen keine Verbindungen zum Trinkwassernetz hergestellt werden. Es sind sämtliche Regenwasserleitungen im Gebäude mit der Aufschrift/Hinweisschild "Kein Trinkwasser" zu kennzeichnen. Bei der Installation sind die DIN 1988, 1986 und 2001 zu beachten. Die Regenwassernutzungsanlagen müssen beim zuständigen Gesundheitsamt angezeigt werden (Trinkwasserverordnung seit 01.01.2003).

Es wird auf die Bestimmungen der "Allgemeinen Entwässerungssatzung" der Verbandsgemeindewerke Kusel-Altenglan hingewiesen.

IV.10 Dachbegrünung

(§ 9 Abs. 1a Satz 2 und § 135a BauGB)

Flachdächer und flach geneigte Dächer bis 20° Dachneigung sollten bei einer zusammenhängenden Fläche ab 200 m² begrünt werden. Die Begrünung sollte dauerhaft unterhalten und bei Abgang gleichwertig ersetzt werden. Zu verwenden wäre mindestens eine Extensivbegrünung bestehend aus naturnaher Vegetation mit einer Substratstärke von mindestens 20 cm. Die Bewässerung sollte ausschließlich über Niederschlagswasser erfolgen.

Anlagen für Solarthermie und Photovoltaikanlagen können mit der Dachbegrünung kombiniert werden und schließen sich nicht aus.



IV.11 Grundwasserschutz

Bei der Lagerung wassergefährdender Stoffe müssen im Einklang der Nutzungszulässigkeit stehen. Es wird auf die gesetzlichen Bestimmungen des Wasserhaushaltsgesetzes und des Landeswassergesetzes sowie der "Landesverordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe" (Anlagenverordnung - AwSV) hingewiesen.

IV.12 Schutz von Ver- und Entsorgungsleitungen/Koordination von Erschließungs- und Baumaßnahmen

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes befinden sich unterirdische Versorgungsleitungen der Pfalzwerke AG, Ludwigshafen, sowie der JUWI GmbH, Wörrstadt. Bei Baumaßnahmen sind die Leitungen vor Beschädigung zu schützen und vor Ort durch geeignete Maßnahmen zu kennzeichnen.

IV.13 Kampfmittel

Grundsätzlich können Kampfmittel im Geltungsbereich des Bebauungsplanes nicht ausgeschlossen werden. Es werden Fachfirmen empfohlen. Nähere Auskünfte erteilt die ADD, Herr Lenz (Tel. +49 171 8249305).

IV.14 Hinweise zu Brandschutz

Es wird auf die Beachtung der Landesbauordnung und die Industriebaurichtlinie sowie die DIN 14090 (Flächen für die Feuerwehr) hingewiesen. Gemäß DVGW W 405 ist der Löschwasserbedarf mit mindestens 96 m³/h für mindestens 2 h sicherzustellen. Bei Industriebauten von mehr als 2 500 m² sind mindestens 192 m³/h für mindestens 2 h vorzuhalten.

IV.15 Hinweise zu Waldflächen

Bei der Errichtung von Gebäuden an angrenzenden Waldflächen sollte aufgrund von möglichem Windbruch, unabhängig von den festgesetzten Baugrenzen, ein Abstand von 30 m (Baumwurfhöhe) zu den Waldrändern eingehalten werden.

IV.16 Empfehlungen/Anregungen zu baulichen Maßnahmen, die den Klimaschutz dienen

Dach- und Fassadenbegrünung:

Es wird empfohlen, eine Dachbegrünung und eine Begrünung von Fassaden vorzunehmen. Eine Dachbegrünung ist bis 40° Dachneigung möglich.



Albedo (Rückstrahlung):

Es wird empfohlen, helle Dacheindeckungen und helle Fassadengestaltungen, die der Sonne direkt ausgesetzt sind, zu verwenden, um das Aufheizen des Daches bzw. der Fassade zu minimieren. Es wird auf Dach- und Fassadenbegrünung hingewiesen, die eine Aufheizung ebenfalls minimieren kann.

E-Mobilität:

Es wird empfohlen, in den Parkplatzanlagen (Parkplätze) in öffentlichen Verkehrsflächen, attraktive Fahrradabstellanlagen mit Lademöglichkeiten für E-Bikes sowie Lademöglichkeiten für Autos vorzusehen und die technischen Voraussetzungen hierfür zu schaffen.

IV.17 Empfehlungen zu baulichen und sonstigen technischen Maßnahmen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien

Im gesamten Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes sollten ab einer Dachfläche von 500 m² die nutzbaren Dachflächen der Gebäude und baulichen Anlagen innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen mit Photovoltaikmodulen zur Nutzung der einfallenden solaren Strahlungsenergie ausgestattet werden.

Es wird auf das Landesgesetz zur Installation von Solaranlagen (Landessolargesetz - LSolarG) vom 30.09.2021 hingewiesen.

IV.18 Vermeidung fossiler Energieträger

Im gesamten Plangebiet sollte auf die Nutzung fossiler Energieträger (wie z. B. Kohle, Heizöl, Gas, Erdgas) für die Energieerzeugung, wenn es technisch und wirtschaftlich vertretbar ist, verzichtet werden. Es wird die Nutzung der Erdwärme mit Wärmepumpen empfohlen.



ANHANG

PFLANZLISTEN

Artenliste A: Baumarten 1. Ordnung

Buche	(<i>Fagus sylvatica</i>)
Stieleiche	(<i>Quercus robur</i>)
Traubeneiche	(<i>Quercus petraea</i>)
Bergahorn	(<i>Acer pseudoplatanus</i>)
Spitzahorn	(<i>Acer platanoides</i>)
Gemeine Esche	(<i>Fraxinus excelsior</i>)
Winterlinde	(<i>Tilia cordata</i>)
Ross-Kastanie	(<i>Aesculus spec.</i>)
Nussbaum	(<i>Juglans regia</i>)

Hinweis:

Nach § 44 Nr. 1a und Nr. 2a Nachbarrechtsgesetz Rheinland-Pfalz müssen sehr stark wachsende Bäume, wie die in der Artenliste A angegebenen Baumarten, einen Abstand von mindestens 4,0 m zum benachbarten Grundstück einhalten. Wird das Nachbargrundstück landwirtschaftlich, erwerbsgärtnerisch oder kleingärtnerisch genutzt, verdoppeln sich gemäß § 46 Nachbarrechtsgesetz die Abstände.

Das Nachbarschaftsrecht gilt gemäß § 1 Abs. 2 Satz 1 Nachbarrecht RLP im gegenseitigen privatrechtlichen Verhältnis.

Artenliste B: Baumarten 2. Ordnung

Hainbuche	(<i>Carpinus betulus</i>)
Feldahorn	(<i>Acer campestre</i>)
Speierling	(<i>Sorbus domestica</i>)
Wildkirsche	(<i>Prunus avium</i>)
Wildapfel	(<i>Malus sylvestris</i>)
Wildbirne	(<i>Pyrus pyraster</i>)
Eberesche	(<i>Sorbus aucuparia</i>)
Elsbeere	(<i>Sorbus torminalis</i>)
Baumhasel	(<i>Corylus colurna</i>)
Mehlbeere	(<i>Sorbus aria</i>)
Sal-Weide	(<i>Salix caprea</i>)
Sand-Birke	(<i>Betula pendula</i>)



Hochstämmige Obstbäume wie:

Gartenapfel	(<i>Malus domestica</i>)
Gartenbirne	(<i>Pyrus communis</i>)
Süßkirsche	(Zuchtformen von <i>Prunus avium</i>)
Mirabelle	(<i>Prunus domestica x cerasifera</i>)
Zwetschge	(<i>Prunus domestica</i>)
Sauerkirsche	(<i>Prunus cerasus</i>)

Hinweis:

Nach § 44 Nr. 1b und 2b Nachbarrechtsgesetz Rheinland-Pfalz müssen stark wachsende Bäume, wie die in der Artenliste B angegebenen Baumarten, einen Abstand von mindestens 2,0 m zum benachbarten Grundstück einhalten. Wird das Nachbargrundstück landwirtschaftlich, erwerbsgärtnerisch oder kleingärtnerisch genutzt, verdoppeln sich gemäß § 46 Nachbarrechtsgesetz die Abstände.

Das Nachbarschaftsrecht gilt gemäß § 1 Abs. 2 Satz 1 Nachbarrecht RLP im gegenseitigen privatrechtlichen Verhältnis.

Artenliste C: Baumarten und Sträucher für Gräben und Feuchtbereiche

Schwarzerle	(<i>Alnus glutinosa</i>)
Esche	(<i>Fraxinus excelsior</i>)
Sal-Weide	(<i>Salix caprea</i>)
Grau-Weide	(<i>Salix cinerea</i>)
Ohr-Weide	(<i>Salix aurita</i>)
Silber-Weide	(<i>Salix alba</i>)
Purpur-Weide	(<i>Salix purpurea</i>)
Korb-Weide	(<i>Salix viminalis</i>)
Holunder	(<i>Sambucus nigra</i>)
Wasserschneeball	(<i>Viburnum opulus</i>)
Hartriegel	(<i>Cornus sanguinea</i>)
Traubenkirsche	(<i>Prunus padus</i>)
Kornelkirsche	(<i>Cornus mas</i>)
Zweigrifflicher Weißdorn	(<i>Crataegus oxyacantha</i>)



Artenliste D: Straucharten

Besenginster	(<i>Cytisus (= Sarothamnus) scoparius</i>)
Eibe	(<i>Taxus baccata</i>)
Felsenbirne	(<i>Amelanchier ovalis</i>)
(Roter) Hartriegel	(<i>Cornus sanguinea</i>)
Hasel	(<i>Corylus avellana</i>)
Hundsrose	(<i>Rosa canina</i>)
Schlehe	(<i>Prunus spinosa</i>)
Traubenkirsche	(<i>Prunus padus</i>)
Berberitze	(<i>Berberis</i>)
Kornelkirsche	(<i>Cornus mas</i>)
Holunder	(<i>Sambucus nigra</i>)
Rotdorn	(<i>Crataegus laevigata</i>)
Hainbuche	(<i>Carpinus betulus</i>)
Schneeball	(<i>Viburnum lantana, Viburnum opulus "sterile"</i>)
Spierstrauch	(<i>Spiraea spec.</i>)
Wacholder	(<i>Juniperus communis</i>)

Hinweis:

Nach § 44 Nr. 3 Nachbarrechtsgesetz Rheinland-Pfalz müssen stark wachsende Sträucher, wie die in der Artenliste C angegebenen Straucharten, einen Abstand von mindestens 1,0 m zum benachbarten Grundstück einhalten. Wird das Nachbargrundstück landwirtschaftlich genutzt, verdoppeln sich gemäß § 46 Nachbarrechtsgesetz die Abstände.

Das Nachbarschaftsrecht gilt gemäß § 1 Abs. 2 Satz 1 Nachbarrecht RLP im gegenseitigen privatrechtlichen Verhältnis.

Artenliste E: Kletterpflanzen

- Wurzelkletterer (z. B. Kletterhortensie)
- Rankenpflanzen (z. B. Waldrebe, Wilder Wein, Weinrebe)
- Windepflanzen (z. B. Geißblatt, Schlingenknöterich, Pfeifenwinde)
- Spaliergehölze (z. B. Apfel-/Birnen-/Kirschbäume)



Artenliste F: Pflanzen für Dachbegrünung

Stauden:

Berg-Thymian	(<i>Thymus montanus</i>)
Breitblättriger Thymian	(<i>Thymus pulegioides</i>)
Dach-Schwertlilie	(<i>Iris tectorum</i>)
Duft-Skabiose	(<i>Scabiosa canescens</i>)
Echter Waldmeister	(<i>Galium odoratum</i>)
Edel-Gamander	(<i>Teucrium chamaedrys</i>)
Färber-Hundskamille	(<i>Anthemis tinctoria</i>)
Fetthenne 'Weihenstephaner Gold'	(<i>Sedum floriferum 'Weihenstephaner Gold'</i>)
Felsen-Fetthenne	(<i>Sedum reflexum</i>)
Gefingerter Lerchensporn	(<i>Corydalis solida</i>)
Gewöhnliche Schafgarbe	(<i>Achillea millefolium</i>)
Goldhaar-Aster	(<i>Aster linosyris</i>)
Großblütige Prunelle	(<i>Prunella grandiflora</i>)
Großer Ehrenpreis	(<i>Veronica teucrium</i>)
Hohes Herbst-Sedum	(<i>Sedum telephium</i>)
Kartäuser-Nelke	(<i>Dianthus carthusianorum</i>)
Kleines Habichtskraut	(<i>Hieracium pilosella</i>)
Küchenschelle	(<i>Pulsatilla vulgaris</i>)
Knolliger Hahnenfuß	(<i>Ranunculus bulbosus</i>)
Milder Mauerpfeffer	(<i>Sedum sexangulare</i>)
Orangerotes Habichtskraut	(<i>Hieracium aurantiacum</i>)
Reiherschnabel	(<i>Erodium cicutarium</i>)
Rotes Habichtskraut	(<i>Hieracium x rubrum</i>)
Roter Hängelauch	(<i>Allium roseum</i>)
Rotmoos-Mauerpfeffer 'Murale'	(<i>Sedum album 'Murale'</i>)
Rundblättrige Glockenblume	(<i>Campanula rotundifolia</i>)
Sand-Thymian	(<i>Thymus serpyllum</i>)
Scabiosen-Flockenblume	(<i>Centaurea scabiosa</i>)
Schwarze Königskerze	(<i>Verbascum nigrum</i>)
Steinbrech-Felsennelke	(<i>Petrorhagia saxifraga</i>)
Teppich-Fetthenne (Sorten)	(<i>Sedum spurium</i>)
Wiesen-Margerite	(<i>Chrysanthemum leucanthemum</i>)
Wilder Majoran	(<i>Origanum vulgare</i>)
Zwerg-Schwertlilie	(<i>Iris pumila</i>)
Wald-Erdbeere	(<i>Fragaria vesca</i>)



Gräser:

Blau-Schwingel	(<i>Festuca cinerea</i>)
Dach-Trespe	(<i>Bromus tectorum</i>)
Federgras	(<i>Stipa pennata</i>)
Feinblättriger Schingel	(<i>Festuca tenuifolia</i>)
Gämsen-Schwingel	(<i>Festuca rupicaprina</i>)
Ruchgras	(<i>Anthoxanthum odoratum</i>)
Wald-Segge	(<i>Carex sylvatica</i>)
Walliser Schwingel	(<i>Festuca valesiaca</i>)
Wimpern-Perlgras	(<i>Melica ciliata</i>)
Zittergras	(<i>Briza media</i>)